
1526/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 29.04.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Schwentner, Windbüchler-Souschill, Freundinnen und Freunde

betreffend einen Bericht über das bundesweite Angebot an Initiativen und Projekten zur nicht-traditionellen Berufs- und Ausbildungswahl

Im Bereich der nicht-traditionellen Berufs- und -Berufsausbildungswahl gab und gibt es in Österreich eine ganze Reihe an unterschiedlichen Projekten und Initiativen. Der Großteil dieser Maßnahmen ist zeitlich und regional begrenzt und unterscheidet sich zum Teil auch im Bezug auf die Zielgruppen. Eine österreichweite Übersicht über die Projekte und Initiativen zur nicht-traditionellen Berufs- und Ausbildungswahl gibt es derzeit nicht. Das liegt wohl auch daran, dass es sich hier um ein Thema handelt, das an der Schnittstelle zwischen (Aus-)Bildung und Arbeitsmarkt liegt. Allein auf Bundesebene gibt es eine ganze Reihe von Ministerien, die sich mit dem Thema der nicht-traditionellen Berufs- und Ausbildungswahl befassen (BMUKK, BMWF, BMASK, BMWFJ, BMVIT und die Frauensektion im BKA). Auf der Ebene der Bundesländer und Städte zeichnet sich ein ähnliches Bild mit mehreren Ressortzuständigkeiten ab. Initiiert und gefördert werden Maßnahmen zur nicht-traditionellen Berufsausbildung auch von weiteren Institutionen wie dem Arbeitsmarktservice, der Europäischen Union, Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen oder auch gemeinnützigen Stiftungen und Initiativen.

Obwohl heute fast alle Berufe und Ausbildungen auch Frauen offen stehen, gehen mehr als 90 Prozent Mädchen, jedoch nicht einmal 10% Burschen, in eine wirtschaftsberufliche höhere Schule. In den technisch-gewerblichen höheren Schulen beträgt der Mädchenanteil rund ein Viertel, drei Viertel der Schüler sind also männlich. Ein gezieltes und vor allem akkordiertes Programm zur Förderung der nicht-traditionellen Berufsausbildungswahl gibt es nicht. Gleichzeitig ist bekannt, dass die traditionelle Schul- und Berufswahl einen Grund für die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern darstellt.

Österreich ist laut einem Bericht der europäischen Kommission, „She Figures 2009“, mit einem Frauenanteil von 0,9 Prozent unter den Wissenschaftlerinnen und IngenieurInnen der Gruppe der erwerbstätigen Personen, EU-weit Schlusslicht. Die Zahl der Frauen in technischen Berufen steigt nur langsam. Dennoch wird für die geschlechtersensible Berufsorientierung, abgesehen von einigen wenigen punktuellen und primär öffentlichkeits-wirksamen Vorzeigemaßnahmen, immer weniger ausgegeben. Bewährte Maßnahmen wie Mut (Mädchen und Technik) oder FIT (Frauen in die Technik) wurden sogar gestrichen oder massiv gekürzt. Dabei

ortet die Wirtschaftskammer bereits jetzt wieder einen Fachkräftemangel in technischen Berufen. AMS-Maßnahmen, die erst dann mit der Ausbildung beginnen, wenn der Fachkräftemangel bereits zu einem großen Problem geworden ist, sind auch wichtig, setzen jedoch zu spät ein. Denn die Umschulung von arbeitslosen Frauen in handwerklichen und technischen Berufe dauert bis zu drei Jahre (Lehre) und ist mit Abstand die teuerste Maßnahme.

Derzeit gibt es keine einzige Stelle, die einen Überblick über die Maßnahmen zur geschlechtersensiblen Berufsorientierung und –ausbildung hat. Es wäre daher notwendig, alle Initiativen, die sich mit Schulwahl, Berufsorientierung, Berufsvorbereitung etc. beschäftigen, zu vernetzen. Denn bei der Sensibilisierung für nicht-traditionelle Berufe geht es um die berufliche Zukunft von Mädchen und Burschen. Die falsche Berufswahl verursacht nicht nur hohe Kosten und Frust für das Individuum, sondern zieht auch zahlreiche volkswirtschaftliche Nachteile nach sich. Denn aus wirtschaftlicher Sicht macht es mehr Sinn, wenn Mädchen und Burschen jenen Beruf erlernen, der ihren Talenten und Fähigkeiten am besten entspricht, auch dann wenn dies kein für ihr Geschlecht typischer Beruf ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- einen Bericht mit Eckdaten zu allen Maßnahmen und Initiativen, die österreichweit gesetzt werden, um die nicht-traditionelle Berufsorientierung, Berufsausbildung und Berufswahl zu fördern, zu erstellen.
- eine Internet-Plattform zur Vernetzung und zum Austausch von Methodik und Best Practice Beispielen für alle Projekte, Maßnahmen und Initiativen im Bereich der nicht-traditionellen Berufsorientierung sowie Ausbildung zu erstellen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.